

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlag: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241.  
Preis für Nachgelieferter: 20 O 11.

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 30. Septbr. 1923 bei tagl. zweimaliger Zustellung im Haus 1,50 Mark.  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Geldmaß berechnet; die einmalige 10 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., für 30 mm breite Reklamazeilen 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Osterzeilen 10 Pfg. Zusätzl. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 33/40.  
Druck u. Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. Unberechtigtes Abschreiben wird nicht verfolgt.

## Neuhaus und Graf Kanitz zur Preissenkung.

### Eine Warnung vor der Einkalkulierung der autonomen Zolltarife.

#### Saillauy' Schuldenangebot an England und Amerika: 25 Millionen Pfund jährlich. — Die Mitteldeutsche Industriekongress in Gotha.

### Reichsregierung und Preissenkungsaktion.

Berlin, 23. Sept. Im Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates machte der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus zur Preissenkungsaktion der Reichsregierung folgende Ausführungen:

Das Streben der Reichsregierung, der Wirtschaft wieder gesunde Lebensbedingungen zu verschaffen, hat im vergangenen Jahre in der Währungs- und Geldpolitik einen großen Erfolg gefunden. Eine weitere Etappe auf dem Wege bildet das Wertschöpfungssteuergesetz des vergangenen Sommers. Die Steuererlässe haben eine Entlastung der Wirtschaft gebracht, und soweit die Ertragssteuer des Reiches in Betracht kommt, mit dem unhaltbaren Zustand ausgeräumt, das Ertragssteuern aus der Substanz erhoben wurden. Des Weiteren ist die Umsatzsteuer um ein volles Drittel gesenkt worden. Zugleich wurde von der Wirtschaft die Unsicherheit genommen, die die Fragen der Regelung der alten Ansprüche aus langfristigen Schuldverhältnissen in sie hineingetragen hatte. Schließlich wurde die Zollgesetzgebung abgeschlossen, auf Grund deren das Verhältnis der deutschen Wirtschaft zum Auslande in der Form der Handelsverträge endgültig geregelt werden soll.

Da aber, anders als 1902, der autonome Zolltarif früher in Kraft tritt als die Handelsverträge, besteht die Gefahr, daß das Preisniveau der deutschen Wirtschaft sich auf die autonomen Sätze einstellt, bevor die niedrigeren Sätze des Vertragszolls in Geltung getreten sind. Geht dies, so wird der Zweck des autonomen Tarifs, seine Sätze nur gegen Kompensation zu ermäßigen und die hohe Zollmauer im Auslande abzubauen, ungenutzt verstreuen. Denn die Rückwirkung auf unsere eigene Wirtschaft könnte die Regierung zwingen, die Sätze des autonomen Tarifs auf Grund der ihr erteilten Ermächtigung zu senken. Dazu kommt, daß dann die vorher zu den erhöhten Preisen eingekauften Warenvorräte nur noch mit großem Verlust abgesetzt werden könnten. Dadurch würden in unserer kapitalistischen Wirtschaft Zahlungen unfähigkeiten in großem Umfange auftreten.

Die Reichsregierung hat sich daher mit ihrer Erklärung vom 27. August an alle Kreise gewandt, um ihnen die Notwendigkeit, aber auch ihren festen Willen zum Bewußtsein zu bringen, das Preisniveau abzubauen und die preisfesten Momente sich voll auswirken zu lassen. Nicht nur die Vertreter der Industrie, des Handels, der Banken und des Handwerks, auch die Gewerkschaften und die Konsumvereine sind in Einzelverhandlungen von dem Ernst der Lage in Kenntnis gesetzt worden. Alle haben der Regierung eine Unterstützung bei ihrem Streben, das Preisniveau zu senken, mindestens aber zu halten, zugesagt. Die Erklärung der Regierung ist nicht so sehr ein Wirtschaftsprogramm auf lange Sicht, als vielmehr die

Bekundung des Willens, weiter an der Schaffung der Gesundungsbedingungen zu arbeiten und besonders nicht zuzulassen, daß die Zollspanne, die der autonome Tarif zeitweise gewährt, von irgendwelcher Seite im einseitigen Nutzen ausgeschöpft wird.

oder daß die Erleichterungen auf steuerlichem Gebiet nur einem kleinen Kreise zugute kommen. In diesem Sinne stellt die Erklärung der Reichsregierung die Aufhebung der Geschäftssteuer und die Erleichterung des Zinsfußes in Aussicht. Die Erklärung der Reichsregierung steht ferner auch ein verschärftes Vorgehen gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung vor, wo immer sie einer künstlichen Preisbildung Vorschub leistet. Sie wird nicht nur der Ringbildung bei öffentlichen Versteigerungen und Ausschreibungen entgegengetreten, sondern auch nunmehr alle Klauseln, die eine preissteigernde Wirkung haben können, oder aus anderen Gründen wirtschaftlich schädlich sind, als eine Gefahr für die gesamte Wirtschaft und das Gesamtwohl vor den Kartellgerichten aufzuheben. Es ist vor allem ein Vorgehen gegen Klauseln vorgesehene, die als Anordnung des Mißtrauens in die Beständigkeit der Währung angesehen werden können.

Es wurde bereits hervorgehoben, daß alle Kreise, an die sich die Reichsregierung gewandt hat, grundsätzlich ihre Mitarbeit an der Preisniveaueaktion zugesagt und in Aussicht gestellt haben. Diese Aufgabe allein müßte aber heralich wenig, wenn ihr nicht die Tat folgte.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, als ob in vielen Erwerbskreisen eine gewisse Tendenz besteht, ihrerseits jedes Opfer abzulehnen und von anderen Wirtschaftskreisen aber Annehmlichkeiten zu fordern.

Damit kommen wir nicht weiter. Nur wenn alle an der Produktion und Güterverteilung beteiligten Kreise ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Nachbarn durch die Tat mitwirken, — das ist das im Interesse der Gesamtwirtschaft anerkennende Ziel erreichen lassen.

Im Anschluß daran führte Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

### Graf Kanitz

aus: Im Arbeitsbereich des Reichsernährungsministeriums ist zu einem Einschreiten auf Grund der Kartellgesetzgebung im großen und ganzen nur wenig Raum, da es auf dem Gebiete der Landwirtschaft und des Nahrungsmittelhandels höhere kartellartige Zusammenschlüsse kaum gibt. Die Einwirkung zur Senkung der Preise muß daher in der Hauptsache von

den örtlichen Stellen, den Kommunen und den unteren Verwaltungsbehörden ausgehen. Wir haben aber auch vom Ministerium aus mit einer größeren Anzahl von Verbänden verhandelt und sie in eindringlichen Aussprachen auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Preisbindung hingewiesen. In der öffentlichen Erörterung wird leider vielfach nicht hinreichend beachtet, daß bei wichtigen Nahrungsmittelgruppen, wie z. B. Getreide und Kartoffeln, die Erzeugerpreise sich in letzter Zeit so gehoben haben, daß sie zum Teil noch unter den Friedenspreisen liegen. Zum Beispiel ist der Roggenpreis in den letzten Tagen unter 100 Mk. für die Tonne gesunken, während der Friedenspreis regelmäßig höher war. Der Erzeugerpreis für Kartoffeln liegt zurzeit unter dem Durchschnittspreis für Kartoffeln im letzten Friedensjahr. Was den Brotpreis anlangt, so kann festgestellt werden, daß er der Senkung des Getreidepreises gefolgt ist. Zum Beispiel betrug in Berlin der Brotpreis für ein Kilogramm am 10. März d. J. 40,8, dagegen am 8. September 35,9 Pfg. Allerdings wird diese Verbilligung des Brotes nicht unmittelbar sichtbar, da in Berlin nicht der Preis heruntergesetzt, sondern das Gewicht des Brotes erhöht worden ist.

### Mitteldeutsche Industriekongress in Gotha.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Gotha, 23. Sept. Der Verband der Mitteldeutschen Industrie hielt heute, Mittwoch, in Gotha eine Mitgliederversammlung ab, die durch Vorträge führender Wirtschaftler und die Anwesenheit zahlreicher Regierungsvertreter und Vertreter anderer Behörden eine besondere Bedeutung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft hat. In der geschäftlichen Sitzung, die nur 10 Minuten dauerte, wurde der Vorsitzende wiedergewählt. Bei der allgemeinen Versammlung begrüßte der Vorsitzende des Verbandes, Kommerzienrat Dr. Demmer, Otfenach, in kurzer Ansprache die zahlreich erschienenen Teilnehmer. Er beleuchtete kurz die Lage der Industrie, die eine Krise nach der anderen zu überwinden habe und bei der sich erst jetzt die Marktstabilisierung auswirken beginne. Die Not sei so groß, daß die Konzentrationsbewegung in der Industrie immer stärker werde. Die Industrie habe gelernt zu sparen. Ihre Forderung sei nunmehr, daß Reich, Länder und Gemeinden ebenfalls sparen lernen. Andernfalls habe auch eine Preisabbaufaktion keinen Zweck.

Kommerzienrat Dr. Demmer wandte sich dann gegen die Kartellbekämpfung durch die Regierung. Soweit Auswüchse vorhanden seien, würden sie von der Industrie selbst beseitigt werden. Die Regierung solle nicht verkennen, daß die Kartelle auch eine volkswirtschaftliche Bedeutung hätten und produktionsanregend und fördernd seien.

### Luther und Stresemann zur Ministerkonferenz?

Drahtmeldung untrer Berliner Schriftleitung. Berlin, 23. Sept. Es heißt jetzt, daß Dr. Luther und Dr. Stresemann die Führer der deutschen Delegation auf der Konferenz sein werden. Auch Dr. Gaus wird der Delegation angehören. Die Abfindung der Antwortnote soll gleich nach ihrer Genehmigung durch den morgigen Kabinettsrat erfolgen. Sie dürfte den Zusammentritt der Konferenz zum 5. Oktober in einem Orte der Schweiz vorschlagen.

### Die heutige Kabinettsitzung

beginnt abends 6 Uhr, und zwar unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Luther. Morgen will der Kabinettsrat unter Vorsitz des Reichspräsidenten v. Hindenburg zur endgültigen Entscheidung schreiten. Daß dem Empfang der Ministerpräsidenten der Länder und dem Auswärtigen Ausschuss nur formale Bedeutung zukommen, wird von ausländischer Stelle in Abrede gestellt. Sowie mit dem Ministerpräsidenten der Länder wie auch im Auswärtigen Ausschuss wird materiell über die Grundlagen verhandelt werden, auf denen deutsch-englisch die Verhandlungen auf der Konferenz geführt werden.

### Kolonialland als Lockmittel zum Völkerbundeseintritt.

Berlin, 23. Sept. Ueber den von der Brüsseler Zeitung „Peuple“ gemeldeten Genfer Vorschlag, Deutschland für den schnelleren Völkerbundeseintritt die Rückgabe von Teilen Togos und Kameruns unter deutsches Mandat anzubieten, ist hier an amtlicher Stelle nichts bekannt. Bei dem Angebot soll es sich um eine englische Anregung handeln; es sollen jene Teile von Togo und Kamerun angeboten werden, die heute unter englischem Mandat stehen. Das sind nur drei Achtel der Oberfläche von Togo, gleich 32.000 Quadratkilometer, und etwa 80.000 Quadratkilometer oder ein Fünftel der Oberfläche des ehemaligen deutschen Schutzgebietes von Kamerun. Das englische Mandatsgebiet von Togo ist ein schmaler, langgestreckter Gebietsstreifen, der seinen selbständigen Zugang zur Küste hat, sondern auf die Benutzung von englischen Häfen an der Goldküste oder von Häfen des französischen Mandatsgebietes angewiesen ist. Der englische Streifen von Kamerun ist verkehrstechnisch etwas günstiger gelegen. Es ist bekannt, daß Reichsaußenminister Stresemann außer der Befreiung der besetzten Gebiete auch eine Rückgewinnung von Kolonialland anstrebt, aber die vorliegend gekennzeichnete Offerte dürfte ihm doch als zu mager erscheinen.

### Deutschland und der Völkerbund.

(Von unserem schweizerischen Mitarbeiter.)

Genf, den 22. September. In einigen Tagen — am 26. September — wird die Session des Völkerbundes beendet sein und die Diskonferenz zu Lugern oder anderswo bald beginnen; die Genfer Presse sieht die fast ausschließlich unter dem Gesichtswinkel des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und hat ein wahres Rätselraten begonnen: „Tritt Deutschland ein — tritt es nicht ein? — Was geschieht beim Nichteintreten und was wird Deutschland im Völkerbund eigentlich tun, respektiv wie wird sich sein Einfluss geltend machen?“ Die letztere Frage ist besonders interessant, nämlich insofern, als in deren Beantwortung durch das völkerbündliche „Journal de Genève“ die vor der Öffentlichkeit zurückgehaltene Sorgen Frankreichs und die Erwartungen des Palais des Nations zum Ausdruck kommen, wie auch eine endlich etwas realpolitischere Auffassung vom Völkerbund und seiner gegenwärtigen Bedeutung vertreten wird. Auf besondere Hervorhebung der Besorgnisse scheint man im Augenblick, da man nicht die geringsten Zweifel am baldigen Eintritt mehr hegt, ganz hervorzuheben den Wert zu legen, etwa, als ob im letzten Moment versucht werden sollte, die immense Bedeutung Deutschlands für den Völkerbund ein wenig abzumildern vor der Welt und besonders auch vor der deutschen Öffentlichkeit, und daran zu erinnern, daß der Eintritt Deutschlands für den Völkerbund denn doch auch gewisse Unannehmlichkeiten mit sich bringe und vom Völkerbund insgesamt wie von mehreren ihm angeschlossenen Staaten teilweise nicht ungefährliche Opfer erheische. Der allen Anzeichen nach aus ausschlaggebenden Völkerbundskreisen inspirierte Artikel sagt ungefähr folgendes:

Deutschland wird eintreten: im Prinzip ist die Entscheidung bereits gefallen. Herr Stresemann weiß seit sechs Monaten, daß der Abschluß des Sicherheitspaktes an den Eintritt gebunden ist, und zwar ohne vorherige Bedingungen. Wenn Herr Stresemann der Eintritt als unmöglich erachtet wäre, hätte er die Unterhandlungen nicht weiter geführt und würde er sich nicht vorbereiten, nach Lugern zu kommen. (1) Als Gesamtheit ist das deutsche Volk nicht für den Eintritt, aber in der Hauptsache auch nicht dagegen. Eintritt oder Nicht-eintritt entscheiden ihm wie ein Geschäft: Deutschland soll eintreten, wenn dies vorteilhaft ist und nichts kostet, sagt das Volk. Darum auch die Bedingungen... Inwiefern die Form, die Herr Stresemann seiner Referate in den letzten Notizen gegeben hat, tut dar, daß er daran die Verhandlungen nicht scheitern läßt.

Wichtiger sind außenpolitische Bedingungen, denn die deutsche Öffentlichkeit mißt Herr Stresemann mit den Atommetern des freien Landes und der Anzahl der von der Okkupation befreiten Städte. Die Äußerungen werden also sicherlich räumen, aber das wird noch gewisse Schwierigkeiten haben. Es wird eine Aufgabe der Konferenz sein, ein Kompromiß zu finden, das es Stresemann gleichzeitig erlaubt, das deutsche Eintrittsbegehren in den Völkerbund zu stellen. Es bestehen zwei Möglichkeiten: mit dem Eintritt bis zum nächsten Jahr zu warten oder eine Sonder-Völkerbundversammlung einzuberufen. Aber die Hinausschiebung um ein Jahr wäre eine harte Prüfung für die Geduld der Völker. Sie wäre auch ein großes Risiko. Es hat fast zwei Jahre gebraucht, bis das Amtliche Amt die Situation annähernd verstanden hat. (1) Stresemann kann im Laufe dieses Jahres noch fallen. Wenn es dann wieder zwei Jahre bräuhete, um seinen Nachfolger von der Gleichheit des deutschen mit dem europäischen Interesse zu überzeugen — damit er wieder viele, wenn er endlich überzeugt wäre — dann hätte man Grund genug, entmutigt zu sein...

Was wird Deutschland im Völkerbund machen? Ach nun, eben seine Politik, die zwar nicht die unserige ist, weil es eine Politik der Macht in erster Linie und nebensächlich eine Politik des Grolls, der Rache sein wird. Deutschland wird egoistisch sein wie alle anderen auch. Es wird bisherige Gewohnheiten des Völkerbundes führen, es wird Probleme und Entscheidungen in Frage stellen, die jetzt als erledigt gelten, zum Beispiel die Saarfrage, die Winderheiten, Danzig usw. Es wird nicht zu verwirklichende Hoffnungen wecken und Trugschildern nachhaken. Die deutschen Delegierten werden vielleicht Irrtümer begehen, weil sie die Maschinen in Genf noch nicht verstehen und am Anfangen sicherlich Dummheiten machen. (Vermutlich ist gemeint: immer dann, wenn sie „Träumen nachhaken“ und „Unrealisierbares“ wie die Danziger Frage, die Saar usw. zur Sprache bringen wollen.) Aber alles dies ist besser, als wenn man auf der Karte des Völkerbundes mitten im Herzen Europas immer den großen schwarzen Flecken sehen muß.

Es geht also für große Kreise des Völkerbundes bei der ganzen hochpolitischen Frage um nicht viel anderes als um die Ausmerzungen eines Schandheitslebers des Völkerbundes. Dies ungefähr sind die Genfer Gedanken in diesen Tagen. Sie werfen etwas Licht auf manche zu frühe Erwartung und dämpfen manche Hoffnungen und dürften damit nicht wenig dazu beitragen, annähernd einen Begriff davon zu geben, daß es für Deutschland so gut wie ausgeschlossen sein dürfte, in Genf wesentliche Anlaufschritte zu erringen.

Der Artikel zeichnet zweifellos die Einstellung des „Palais des Nations“ und eine gewisse Benennung in demselben, welche durch die Vorbereitungen für den zu empfangenden Gast hervorgerufen wurde, ist aber schließlich vorurteillos genug, zu sagen, daß Deutschland „mit einer Politik der Ge-